

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lehrlinge, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßwaren- u. Keksindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Erste Ausgabe jeden Donnerstag
Redaktionsbüro Montag morgen 10 Uhr

Insertionspreis pro dreispaltiger Petitzeile 50 Pfg., für die Zeilenstellen 30 Pfg.

Der Krieg kostet uns noch jeden Tag Opfer. Deshalb hat jeder Kollege und jede Kollegin die doppelte Pflicht, am Ausbau der Organisation tatkräftig mitzuwirken. Werbt Mitglieder!

Kein Verständnis für die Volkstimmung.

Der große Menschenfreund und Volkserzieher Pestalozzi beklagt sich bitter darüber, daß die Menschen sich so wenig gegenseitig verstehen, daß sie sich so wenig bemühen, ihr inneres Wesen kennen zu lernen. Noch mehr aber beklagt er das geringe Verständnis der führenden Kreise für die Bedürfnisse, Triebe, Kräfte, Gefühlsbewegungen und Willensrichtungen, kurz für die Seele des Volkes, und er tadelt ihren mangelnden Willen, diese Volkseele zu ergründen und kennen zu lernen. In den „Abendstunden eines Einsteblers“ fragt er, warum die Weisen, die erhabenen Geister der Menschheit, uns nicht sagen, was das Wesen der Menschen sei. „Braucht auch ein Bauer seinen Ochsen und lernt ihn nicht kennen? Forsetzt ein Hirt nicht nach der Natur seiner Schafe? Und ihr, die ihr sagt, daß ihr die Menschen kennt und leitet, warum kennt ihr sie nicht?“ In diesem Stoßseufzer eines enttäuschten Menschenbildners steckt ein gutes Teil alles Glücks unseres öffentlichen Lebens: Die leider noch immer maßgebenden Personen und Stellen haben kein Verständnis für die Stimmung der Volksmassen, und es fehlt ihnen auch an dem ernstlichen Willen, in die Volkseele einzudringen. Aus diesem Mangel an Verstehen und Verstehenwollen erklärt sich wesentlich das gespannte Verhältnis zwischen den verschiedenen Schichten unseres Volkes. Dies hat sich im Verlaufe des Weltkrieges deutlich gezeigt, und auch die Ereignisse der letzten Wochen legen davon Zeugnis ab.

Daß sich die Stimmung der Massen durch die Begleiterscheinungen des Krieges immer mehr verschlechtert hat, darf uns nicht wundern. Abgesehen von den seelischen Schmerzen, die der Tod teurer Menschen, der Trennungsschmerz und das lange Fernsein von lieben Angehörigen mit sich bringt, treten besonders die Ernährungsschwierigkeiten in den Vordergrund. Wenn die städtischen Verbraucherfamilien die Not der Zeit an ihrem eigenen Körper verspüren, wenn sie beobachten müssen, daß die zahlungsfähigen Bevölkerungsschichten immer noch reichlich haben, weil es ihnen auf den Preis nicht ankommt; wenn sie sehen, wie schlecht die behördliche Regelung manchmal klappt, weil die Regierung Bauern und Industrielle, Händler und Kriegslieferanten mit Sammetpöfchen anfaßt; wenn sie lesen, welche ungeheuren Gewinne durch den Krieg erzielt werden, während andere Menschen direkt im Elend berstinken; wenn sie all die seelischen und wirtschaftlichen Missehen der schweren Kriegszeit tagtäglich vor Augen haben, dann ist es selbstverständlich, daß sie den Krieg als das größte Übel verabscheuen und sein Ende herbeisehnen. Die Friedenssehnsucht in den Volksmassen hat ihre natürliche Ursache darin, daß das Kriegselend im wesentlichen auf den Unterschichten lastet, während die andern Bevölkerungsschichten viel besser wegkommen. Darum wächst diese Friedenssehnsucht allmählich zu einer Empörung an, die immer neue Nahrung erhält durch das unverantwortliche Gebaren der Kriegsheer und Eroberungspolitik. Unsere Alldeutschen und andere Heimkrieger, die fern vom Schuß und ohne Ernährungsorgen dahingleben, nehmen den Mund immer voller und möchten am liebsten die ganze Welt verschlucken. Ihnen sind die Blutopfer und die Verwüstungen an Menschenglück, die ein längerer Krieg mit sich bringt, recht gleichgültig; ihnen fehlt es an Verständnis für das Meer des Elends, in dem die Menschheit versunken ist; höhnisch sprechen sie von den Glauhmachern und Friedens-

engeln, und einen Verständigungsfrieden weisen sie weit von sich. Ist es da verwunderlich, daß sich die Volkseele, die unter dem ungeheuren Elend seufzt, gegen dies kriegsheerische Treiben empört und auflehnt? Etwas mehr Verständnis für die Regungen der Volkseele wäre hier wirklich am Platze.

Auch unsere innerpolitischen Verhältnisse sind nicht dazu angetan, die Stimmung der Volksmassen günstig zu beeinflussen. Der trostlose Anblick eines erbärmlichen Schacherhandels um Freiheit und Volksrechte muß notwendig verstimmend wirken. Als zu Beginn des Krieges das Versprechen gegeben wurde, alle Schichten des Volkes sollten gleichberechtigt sein und gleich behandelt werden, erschien diese Neuorientierung unseres öffentlichen Lebens als eine

Am 1. Juli tritt die neue Beitragsregelung in Kraft. Deshalb jetzt keine Beitragsreste, damit Ende Juni jedes Mitgliedsbuch vollständig in Ordnung ist.

selbstverständliche Folge des Verhaltens unserer Volksmassen zur Verteidigung des Vaterlandes, und sie wurde auch allgemein als eine Selbstverständlichkeit aufgefaßt. Dasselbe Versprechen wurde noch mehrmals wiederholt; aber die Verwirklichung läßt noch immer auf sich warten. Dies zeigt sich besonders deutlich beim preussischen Wahlrecht. Anstatt daß die Regierung dem Willen des Volkes schnell nachkam, ließ sie sich erst jeden Hecken des allgemeinen, gleichen Wahlrechts aus den Zähnen reißen, was natürlich verstimmend wirken mußte; und als sie endlich nach langem Säubern den Entwurf herausbrachte, erhoben die Rückschrittler ein Rutzgeul, und jetzt wird um das Wahlrecht gekämpft, wie um eine alte Hose. Da soll das Volk in guter Stimmung bleiben! Auch auf andern Gebieten unseres Staats- und Gemeindelebens merkt man wenig von der Neuorientierung; noch immer herrscht der Geist der Ungerechtigkeit und des Bürokratismus, und noch immer haben die Unterschichten die Empfindung, daß sie als Menschen mindern Rechtes und als Bürger zweiter Klasse betrachtet und behandelt werden. Die Angehörigen des Proletariats haben an den Fronten und hinter der Front wirklich ungeheure Opfer gebracht, und sie bringen. Männer und Frauen, noch täglich ungeheure Opfer; aber die haben wenig Dank dafür. Ist es da zu verwundern, so muß man auch hier fragen, daß sie mißgestimmt werden und daß diese Mißstimmung sich nach außen hin Luft macht? Kann man es ihnen wirklich verdenken, daß sie ihre Unzufriedenheit den herrschenden Klassen laut in die Ohren schreien?

Einem jeden Volkserzweute muß das Herz bluten, wenn er sieht, daß die führenden Kreise, von den Geschäftemachern und Deutepolitikern ganz abgesehen, auf die seelische Verfassung der Massen so wenig Rücksicht nehmen; daß sie Wege einschlagen, die notwendig zu einer inneren Zersplitterung unseres Volkes führen müssen. Das muß uns notwendigerweise zum Verhängnis werden und unhaltbare Zustände mit sich bringen, zumal in einer Zeit, die auf die Einheit und Geschlossenheit unseres Volkstörpers dringend angewiesen ist. Soll unser deutsches Volk wieder

gefunden und nach den Verwüstungen des Krieges einem neuen Aufstieg entgegengehen, so muß alles darangesetzt werden, um den Unterschichten ihr Recht zu geben. Die erste Voraussetzung hierzu ist natürlich ein Verständnis für die Volkseele, ein tiefes Eindringen in das, was die Massen fühlen und sehnen, was sie wollen und erstreben.

Zur Kakaozollfrage.

F. W. In letzter Nummer konnte bereits mitgeteilt werden, daß der Ausschuß des Reichstages zur Vorberatung der Gervansteuern die beabsichtigte Zollerhöhung auf Kakao und Schokolade abgelehnt habe. Der Ausschuß hat den sehr berechtigten Standpunkt eingenommen, Kakao gehöre zu den Nahrungsmitteln, nicht zu den Gervanen, und beschäftigt sich also folgerichtig nicht weiter mit einer Änderung der heutigen Zollsätze für Kakao und Schokolade. Ob es bei weiteren Leistungen und in der Vollversammlung des Reichstages bei der Ablehnung bleibt und ob die Regierung sich dann damit abfindet, ist freilich noch abzuwarten. Die ganze Frage ist jedoch nicht nur für unsere Süßwarenindustrie von weittragender Bedeutung, sondern auch darüber hinaus für die Volksernährung, und deshalb ist es nur gutzuheißen, wenn sie gründlich geprüft und gleichzeitig die Wichtigkeit über sie aufgeklärt wird. Schon der Umstand, daß sogar die Regierung offenbar den Wert des Kakaos als Nahrungsmittel für den Massenverbrauch noch viel zu tief einschätzte, müßte Veranlassung sein, seine Vorteile immer lauter zu betonen, damit jeder drohenden Einschränkung seines Umsatzes entgegengewirkt wird. Wir begrüßen es deshalb, wenn jetzt unsere Unternehmer, soweit sie denselben Standpunkt einnehmen, in die Tagespresse gehen und dort denjenigen Kreisen entgegenreten, die leider allzu schnell den Wünschen der geldbedürftigen Regierung gefolgt sind. In dem Handelssteile des „Hamburger Fremdenblattes“ fanden wir in den letzten Tagen eine solche Zuschrift „von berufener Seite“, die unten unsern Lesern vollständig wiedergegeben wird, weil darin — auch unter Berufung auf die Interessen der Arbeiterschaft, wie wir selbst in Nummer 23 zum Ausdruck brachten — noch einmal entschieden gefordert wird, daß nach dem Kriege der Rohkakao dem deutschen Volke ohne jede Zollbelastung zur Verfügung stehe. In bezug auf die Zollbehandlung von Fertigfabrikaten verteidigt die Zuschrift allerdings (sie stammt anscheinend aus den großen Reichardt-Kakaowerken in Wandsbek) einen möglichst hohen Schutzzoll, und begründet dies mit den heutigen hohen Steuerätzen, die auf dem Zuder liegen, soweit er unserer Industrie jetzt zur Verarbeitung überlassen wird. Wenn diese Sätze in ihrer augenblicklichen Höhe freilich zu einer Dauereinrichtung werden sollen, könnte man die Begründung gelten lassen, obgleich auch dann noch über jeden Posten im einzelnen zu reden wäre —; aber wir können nicht annehmen, daß sich die Süßwarenindustrie die Artzollsonderabgabe auf den Zuder — die sie heute gern bezahlt, wenn sie nur überhaupt Zuder bekommt — auch in Friedenszeiten lange wird gefallen lassen. Die ganz enormen Sätze müssen doch wieder, wenn nicht ganz fallen, aber doch wesentlich abgebaut werden, und sie beruhen ja auch vorläufig nur noch auf „Verfügungen“. Wir können uns schwer denken, daß die „berufener Seite“ des „Hamburger Fremdenblattes“ ernstlich selbst daran glaubt, die Zuderbelastung werde nach dem Kriege so bleiben wie heute, und deshalb halten wir noch immer die Notwendigkeit einer Erziehung des Schutzzolles für die Fertigfabrikate nicht für gegeben. Aber den andern Ausführungen der Zuschrift können unsere Kollegenschaft und die allgemeine Arbeiterschaft nur beistimmen, und wir möchten wünschen, daß sie auch bei der Regierung und im Reichstage überall höchste Beachtung finden. Wir lassen sie folgen:

Nachdem der Ausschuß zur Vorbereitung der Getränkesteuern in seiner Beratung vom 5. Juni die beabsichtigte Zollerhöhung auf Kakao und Schokolade, im Gegensatz zu Kaffee und Tee, abgelehnt hat, mit der Begründung, daß

Die Regierung nur Genusmittel, also keine Nahrungsmittel, besitzen wolle, drängt sich die Frage auf, ob dieser Beschluß auch in allen Teilen den Verhältnissen, wie sie sich bei der Katastrophenindustrie entwickelt haben, Rechnung trägt. Der Ausschuß hat sich zutreffenderweise auf den gleichen feststehenden Standpunkt gestellt, den das Reichsamt für Nahrungs- und Futtermittel, unterstützt von einer Anzahl anderer deutscher Katastrophe, in seiner Eingabe an den Reichstag eingebracht hat, nämlich daß Katastrophen- und Schokoladen eines der vollständigsten Nahrungsmittel bilden, das als Nährmittel von allen Kreisen gleich bewertet, von dem kleinen Kinde bis zum Greise geschätzt wird, als es der einzige Nahrungsmittel ist, den der Arbeiter in der Notzeit sich und seiner Familie gestatten kann. Diesen Standpunkt haben auch führende Blätter der sozialen Presse sich zu eigen gemacht, die ausdrücklich betonen, daß sie die Forderung der Reichsamt-Gesellschaft nach zollfreier Einfuhr des Rohkakaos mit aller Kraft unterstützen, da dieselbe dem Verlangen der Arbeiterklasse, Nahrungsmittel, die im Inlande nicht erzeugt werden können, möglichst ohne Steuerbelastung dem Volke zuzuführen, entsprechen. Außerdem sei die Erfüllung dieser Forderung geeignet, die Produktion der Süßwarenindustrie gewaltig zu heben und damit dem Volke die gewünschte Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Der Gesamtsteuerauschuß hat, in Anerkennung der Wichtigkeit dieser Darlegungen, die Zollbefreiung auf Katastrophen- und Schokoladen abgelehnt. Er ist aber in seiner sozialen Maßnahme zu weit gegangen; denn gerade der letzte Punkt, also die Zollbefreiung des Rohkakaos auf ausländische Fertigfabrikate, birgt eine Klippe in sich, die der deutschen Katastrophenindustrie außerordentlich verhängnisvoll werden kann. Der Ausschuß hat nämlich einen Faktor übersehen, den offenbar auch die sozialdemokratische Presse unterlassen hat zu würdigen, nämlich, daß die Zollerhebung, die die Katastrophenindustrie zu tragen hat, das Selbstvermögen der Finanzierer beträgt, die sie im Frieden abzugeben hätte (M 92 per Antheil) die Möglichkeit besäße, seine Fertigfabrikate zu den alten billigen Zollfüßen auf den durch die hohe Zollerhebung belasteten deutschen Markt zu werfen, so wäre der Zollfuß so gut wie illusorisch. Eine Rettung kann uns nur erwachen, wenn der Einfuhrzoll auf Rohkakaos vollständig wegfällt und gleichzeitig die Zollfüße auf ausländische Fertigfabrikate bedeutend erhöht werden. Man darf nicht die Möglichkeit vergessen, nämlich, daß eine vermehrte Herstellung von Kakaobutter aus einer Prozentsatz gesteigerte Verwertung an Kakaobutter liefert, während im anderen Falle, wenn unsere eigene Produktion durch billige Einfuhr ausländischer Kakaobutters gehemmt wird, mit dem Auslande die Möglichkeit gehen, sich mit dem zu versorgen, während wir selbst verarmen bleiben. Von dem enormen Exportüberschüssen, die mit der bisher gehandhabten Zolltarifverteilung verbunden waren, wollen wir hier absehen, obgleich die im Interesse unserer Bilanz dringend erforderliche Steigerung der Ausfuhrleistung, also der Wettbewerb mit den kapitalistisch ausgerüsteten und durch ihre Nahrungsmittelgesetzte eingeschränkten Auslandsfabriken, allein Grund genug ist, die Zollfreiheit auf Rohkakaos als unerlässlich erscheinen zu lassen. Wir haben das Vertrauen zu unsern Volksgenossen, daß sie sich der Wichtigkeit dieser Argumente nicht verschließen. Sollte der Reichstag indessen bei den alten Zollfüßen, so wie sie von dem Gesamtsteuerauschuß angenommen wurden, beharren, so könnte dies ohne Schädigung für die einschlägige Industrie nur geschehen, wenn gleichzeitig die Zollerhebung wieder auf den alten Stand gebracht wird, andernfalls ist der Kampf gegen den ausländischen Wettbewerb, den wir im wirtschaftlichen und nationalen Interesse zu unternehmen haben, ausbleibend, und die deutsche Katastrophenindustrie geht schweren Zeiten entgegen.

Das Arbeitskammergesetz im Reichstagsausschuß.

Der gegenwärtigen Stand der Beratungen des Arbeitskammergesetzes können die in der parlamentarischen Verichterstattung immer sehr zuverlässige "Sozialen Frontis" wie folgt:

Nach dem Verlaufe der Abgeordneten Regien hat der Reichstagsausschuß bereits einige Sitzungen abgehalten. Die Beratung der grundsätzlichen Frage, ob die Kammer ein gesetzliches oder ein freiwilliges Grundgesetz beinhalten soll, ist zu Ende geführt worden. Sie hat vorerst mit dem besten Erfolge des Gewerkschaftsentwurfes geendet. Die Regierung trat für die sachliche Gliederung ein, fand aber bei den konservativen einmütigen, warmen Zustimmung, während sich die anderen Parteien teils zunächst noch Zurückhaltung anfertigten, teils von Anfang an für den Gewerkschaftsentwurf entschieden. Dieser hat in der Kommission infolge seines früheren Standes als in der Volkstümlichkeit des Reichstages, als die Parteien mit Rücksicht auf die Arbeiterführer oder doch infolge der nahe liegenden Sozialpolitik in der Industrie entstanden haben, so gehören für die Sozialen Frontis die Nationalliberalen infolge der Komposition an, während das Zentrum unter anderen Umständen die konservativen Parteien einnahm. Mit den sozialdemokratischen Parteien Regien, Bischoff, Silbermann und Gabel vereinigen sich die Gewerkschaften infolge der Arbeitsbedingungen, die sie aus organisatorischen und verfassungsmäßigen Gründen, ferner, weil sie die Arbeitsbedingungen, das Einigungsrecht und die Forderung für Jugendliche durch den Gewerkschaftsarbeit aller Arbeit und Unversichert eine Berufsunterstützung mehr fordern, darzulegen ist. Die Freunde der sachlichen Gliederung betonen, daß das Einigungsrecht in den territorialen Kreisen gefördert werden könne, und verweisen auf das sachliche geordnete Tarifvertragswesen. Solche Gründe waren ferner der Auffassung, daß die von ihnen jeweils bekannte Organisationsform die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit nicht ausreichte, so daß sich viele Arbeiter nicht in der Kammer vertreten fühlen könnten. Es lag nahe, ein Kompromiß zu suchen. Die Sozialdemokraten machten entsprechende Vorschläge. Abgeordnete der Sozialen Frontis griffen die notwendige Stellung des Gesamtsteuerauschußes an, als dieser vom Reichsamt-

Reichsamt der preussischen Staatsregierung vorgelegt wurde, sich erbot, daß für alle Industriellen, die nicht durch Fachkammern vertreten wären, gemeinsame bezirksliche Kammern errichtet werden sollten; zwischen diesen und den Fachkammern sollte sogar eine Verbindung durch Vertreter der letzteren in den Bezirkskammern hergestellt werden können. Wir haben auf diese ursprüngliche Fassung des Entwurfes bereits hinweisen müssen, weil ein Arbeitgeberblatt, das durch höchstens Widerstand gegen jedes Zugeständnis an den Gewerkschaftsentwurf das ganze Gesetz in Gefahr brachte, es für zeitgemäß hielt, die territoriale Gliederung als eine "sozialdemokratische" Forderung hinzustellen, was übrigens auch der Entstehungsgeschichte des Gewerkschaftsentwurfes in ebenso großem Widerspruch wie auch der Geschichte der Arbeitskammerberatungen früherer Jahre stand. Wenn der Regierungsentwurf schließlich die rein sachliche Grundlage gebracht hat, so geht man vielleicht nicht in der Annahme fehl, daß dieselbe Stelle darauf hingewirkt hat, die für die Eisenbahnen auch im übrigen Entwurf ein Stachelndes Element darstellend hat, das sie von der übrigen Arbeiterklasse möglichst trennen soll und hinter dem die besonderen Einrichtungen des § 13 platzgreifen sollen. Grimborns Vorschlag hatte den großen Vorzug, die Regierungsvorlage nicht einfach über den Haufen zu werfen und in der Sache dennoch den Gewerkschaften ganz erhebliche Zugeständnisse zu machen.

Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamt machte auch Miene, sein verstoßenes Kind wieder in Gnaden anzunehmen, und sagte zu, im Bundesrat den Antrag befürworten zu wollen. Eingegen bekämpften die Sozialdemokraten den Antrag lebhaft, weil sie, bestärkt durch gewisse Hoffnungen, die der Staatssekretär auf Drängen des Ausschusses hatte vortragen lassen, beabsichtigte, die Regierung werde eine Anzahl von Fachkammern errichten, neben denen die Bezirkskammern ein ziemlich schattenhaftes Dasein führen würden. Solchen Bedenken kam ein nationalliberaler Kompromißvorschlag entgegen, der von den territorialen Kammern grundsätzlich ausging und Fachkammern nur nach Bedarf zulassen wollte. Diesen Antrag erklärte aber die Regierung als unannehmbar. Schließlich versuchte noch Abgeordneter Giese den nationalliberalen Antrag so zu modifizieren, daß er der Regierung annehmbar werden könnte: er wollte "für bestimmte Arten von Betrieben" sachliche Kammern zugelassen wissen und dadurch vernünftiger die Sonderstellung der Eisenbahnen ermöglichen, auf die die Regierung, wie wir oben schon sagten und früher betont haben, augenblicklich entscheidenden Wert legt.

Nach langen Auseinandersetzungen kam es am 7. Juni zur Abstimmung über den weitergehenden Antrag, den der Gewerkschaften. Er wurde mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen. Damit ist nun freilich die Annahme im Plenum noch keineswegs gesichert, zumal nachdem die Regierung am 11. Juni mit einer ihrer beliebigen Unannehmbarkeiten erklärungen, wie sie den früheren Arbeitskammerentwurf entzweifeligen haben, herbeigeführt ist. Hoffentlich findet sich noch ein Weg, wie nun das Gesetz, das trotz allem manchen unerwarteten sozialpolitischen Fortschritt bringt, gerettet werden kann, ohne die Gewerkschaften zu kränken.

Nachdem die territoriale Gliederung beschlossen war, ging der Ausschuß zu der Frage der besonderen Arbeiterabteilung in der Kammer über. Die Regierung tritt für Arbeitgeber- und Arbeitergruppen mit getrennten Beratungsmaßnahmen in bestimmten Fällen ein; die Gewerkschaften halten die Parität in diesem Falle für falsch, weil die Unternehmer bereits in 55 Landwirtschafts-, 52 Handels- und 35 Handwerkskammern ihre Vertretung hätten, zu denen nun endlich durch die organische Dineinwirkung der Arbeiterkammer in die Arbeiterkammer ein Seitenstück zu schaffen sei. Den Arbeiterwünschen traten die Abgeordneten Gähle (FDP) und Gipe (Z) bei, wobei letzterer besonders geltend machte, es sei besser, eine offizielle Beratungsmaßnahme für die Arbeitervertreter zu schaffen, als daß man diese auf den Weg inoffizieller Zusammenkünfte dränge.

Die Erhöhung der Steuerzulage in den Brotfabriken von Hannover, Lünden und Umgegend.

Am 1. Juni fand eine Lohnbewegung der hannoverschen Brotfabrikanten ihren Abschluß, die wohl als eine der längsten und schwierigsten in letzter Zeit zu betrachten ist, aber mit einem vollen Erfolge der Organisation endete. In einer Protokolltagung am 25. Februar wurde der Beschluß gefaßt, an die Unternehmer heranzutreten und für die in den Brotfabriken Hannovers und Umgegend beschäftigten Bäcker, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen eine Steuerzulage von M 6 pro Woche zu verlangen. Schon am 1. März ging uns die Antwort der Vereinigung der Großbäckereien von Hannover-Lünden und Umgegend zu, die unsere Forderung mit der Begründung ablehnte, daß die Brotfabriken nicht in der Lage seien, ihren Löhnen nicht zu zahlen, weil durch die gestiegenen Produktionskosten der Verdienst der Betriebe in letzter Zeit wesentlich geringer geworden sei. Man wolle nur dann unsere Forderung bewilligen, wenn eine Lohnserhöhung zustande käme; auch wir sollten bei der Lohnüberhöhung nach dieser Richtung vorzueilen werden. Letzteres mußten wir natürlich entgeglichen ablehnen. Es fanden dann mehrere persönliche Verhandlungen mit Herrn Direktor Thiele, dem Vorsitzenden der Brotfabrikantenvereinigung, statt, in denen zum Ausdruck kam, daß die Preise für Weizenmehl für die Städte Hannover-Lünden und Umgegend zu anderen Städten in der Tat sehr hohe sind, und es haben deshalb die Brotfabrikanten denn auch gemeinsam mit den Innungen einen Antrag an die Kommunalverwaltungen um Ermäßigung des Weizenpreises gestellt. Versprochen wurde, daß, wenn dieser Antrag Berücksichtigung finde, die Brotfabriken ebenfalls die Steuerzulage bewilligen wollten. Die Stadtverwaltungen verhielten sich zur Weizenpreiserhöhung aber ablehnend. Daraufhin verlangten wir noch eine gemeinsame Sitzung mit den Brotfabrikanten, die am 20. April stattfand, an der auch Kollege Weisler vom Verhandlungsstand teilnahm. Nach längeren Verhandlungen, in der auch der ablehnende Standpunkt der Brotfabriken wieder zum Aus-

druck kam, war es uns nur möglich, eine Steuerzulage von M 3 pro Woche herauszuholen. Wir nahmen die M 3 unter Vorbehalt an und versprachen, unsere Kollegen über den Gang der Verhandlungen sofort in Kenntnis zu setzen, konnten aber den Brotfabrikanten gegenüber keine Gewähr übernehmen, daß die Arbeiter mit dem Angebot zufrieden sein würden.

Am Tage darauf fand sofort eine Vertrauensmännerversammlung statt, der am 26. April eine Mitgliederversammlung folgte; in beiden Zusammenkünften wurde erklärt, daß die Beschäftigten mit den M 3 nicht zufrieden sein können und daß sie wohl und ganz ihrer Forderung anstreben, gegebenenfalls die Kriegsamtstelle anrufen würden. Der Beschluß wurde den Unternehmern sofort mitgeteilt. Diese hatten sich inzwischen gemeinsam mit den Innungen und dem Konsumverein noch einmal wegen der Weizenpreiserhöhung an die Stadtverwaltungen gewandt. Es fand dann eine Sitzung statt, zu der auch wir erschienen waren und in der man versprach, noch einmal die Sache mit den Versorgungsbehörden zu untersuchen. Nach einigen Wochen erhielten wir einen ablehnenden Bescheid — man wolle uns bis zur neuen Ernte verdröseln! Da die Brotfabriken nun auch auf ihrem ablehnenden Standpunkte in bezug auf die Steuerzulage stehen blieben, wiesen wir die Kriegsamtstelle an und unterrichteten sie über den bestehenden Konflikt, der zu einer Störung der Brotproduktion führen könne, für welche wir, falls es nicht zur Einigung käme, die Verantwortung ablehnen müßten. Die Kriegsamtstelle des X. Armeekorps nahm davon Kenntnis, gab uns aber den Bescheid, hier nicht vermitteln zu können; denn hier käme der § 13 des Hilfsdienstgesetzes in Frage, der besage, daß Dienstleistungen in Betrieben, falls es zu keiner Einigung käme, von der Beschäftigtenstelle geregelt werden müßten. Über trotzdem sollte die Kriegsamtstelle auch die Fabriken hören, damit sie informiert sei.

Am 1. Juni fand nun abermals eine Vertrauensmännerversammlung der Kollegen statt, in der sie die Antwort der Kriegsamtstelle anerkannten und sich einmütig auf den Standpunkt stellten, gegebenenfalls insgesamt den Ausschüssen zu verlangen. Diese Entscheidung wurde den Unternehmern mitgeteilt. Am 5. Juni, vormittags, wurden in allen Betrieben die Arbeiterauschüsse beziehungsweise die Vertrauensleute vorzeitig und verlangten die Steuerzulage, andernfalls müsse die Schlichtungsstelle angerufen werden. Nach am gleichen Abend fand dann eine Versammlung der Brotfabrikanten statt, die nochmals zu unserer Forderung Stellung nahm, und sie bewilligte endlich die Steuerzulage von M 6 pro Woche für die Beschäftigten ab 1. Juni.

Für die Zulage kommen 50 männliche und 8 weibliche Mitglieder in Frage. Es beträgt von nun an in den Brotfabriken Hannovers, Lündens und Umgegend der Mindestlohn für Brotarbeiter M 46 und für Weizenmehl- und Kleinfabrikanten M 48, für die weiblichen Hilfsarbeiter in der Höhe M 28. Nur eine einzige Firma bildet eine Ausnahme, die bekannte Firma Fiedeler. Sie beschäftigt in der Mehrzahl Gesungen. Diese Firma glaubt es immer noch mit ihrem patriotischen Gewissen vereinbaren zu können und löst darauf sein zu dürfen, die niedrigsten Löhne zu bezahlen, sowie den alten "Herr-im-Haus-Standpunkt" herauszufahren. An den dort Beschäftigten liegt es nun, auch da nachzufragen, was in den übrigen Brotfabriken erreicht ist! Unsere Kollegen aber, die aus dem Felde kommen, werden ja hoffentlich nicht derartige Schlußfolgerungen ziehen, daß sie für den Gehalt des Herrn Fiedeler arbeiten. Die übrigen Kollegen in den Brotfabriken müssen aus dieser Bewegung die Lehre ziehen, daß wir nur durch Einigkeit und Geschlossenheit vorwärts kommen können. Jeder muß für die Organisation tätig sein, um die jüngeren Kollegen aufzuklären und die Fernstehenden, besonders die in den Kleinbäckereien, für die Organisation zu gewinnen. Wenn es uns möglich war, im letzten Dezemberjahr unsere Löhne um M 11 zu verbessern, so ist das nur der Organisation zu verdanken. Möge die Kollegenchaft nun das Gernste festhalten und die Organisation nach besten Kräften fördern. Nur dann geht's vorwärts!

Die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für das gesamte Backergewerbe Bremens.

Mit den in Nr. 23 unseres Fachblattes veröffentlichten Vereinbarungen mit den beiden Innungen ist es nun wieder gelungen, für das gesamte Gewerbe tarifliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Die vor dem Kriege abgeschlossenen Tarife waren im Jahre 1916 alle abgelaufen, mit Ausnahme desjenigen für die Konjunkturoffenschaft "Vorwärts", die den Genossenschaftscharakter anerkannt hatte. Im November 1917 ist es dann gelungen, den bürgerlichen Konsumverein, Kriegsgesellschaft, zur Anerkennung des Genossenschaftscharakters zu bewegen. Ebenfalls im November wurde mit der Dampfbackerei, Aktiengesellschaft, ein Tarif abgeschlossen. Es folgte im April die Bremer Brotfabrik als der größte Betrieb, um dann mit dem Abschluß mit den Innungen am 3. Mai dieses Jahres den Schlußstein legen zu können.

Die bremische Kollegenchaft kann mit Genugtuung auf das letzte Jahr zurückblicken, in in dieser Zeit doch für sie und für die Organisation eine Arbeit geleistet worden, wie sie wohl wenige Städte aufweisen können.

Bei den ganzen Verhandlungen, die wegen all dieser Abschlüsse gepflogen wurden, war es besonders auffällig, daß auf Seiten der Arbeitgeber, sowohl der Inhaber der Großbetriebe als auch der Vertreter des Klein- und Handwerks, gegenüber früheren Zeiten ein viel größeres Entgegenkommen beobachtet hat und auch für unsere Forderungen mehr Verständnis vorhanden war. Sollte dies keine Kriegserleichterung sein, sondern unsere Arbeitgeber wirklich ungewohnt haben, so wäre es im höchsten Grade erfreulich. Für die Zukunft des Gewerbes wäre es von nicht zu unterschätzender Bedeutung, wenn der Tarifgedanke voll und ganz Platz gegriffen hätte und man sich auf der Boden des Tarifvertrages stellen würde. Set doch auch der Deutsche Handwerker- und Gewerkschaft im Jahre 1912 zu dem Gedanken des Tarifvertrages Stellung genommen und sich auf diesen Boden gestellt, so daß man

hoffen können, daß auch unsere Gewerbe dieser Frage etwas zugänglicher geworden ist.

Wir haben aber auch alle Ursache, auf die Möglichkeit von Tarifverträgen hinzuwirken. Wir hoffen ja alle zu wissen, daß wir dem Ende des Krieges entgegengehen. Wenn die Zeit der Demobilisierung kommt, wird man überall einen großen Schutzbedarf empfinden, der für unsere Kollegenschaft geradezu katastrophal werden kann. Da wo es gelingen ist, Vereinbarungen zu treffen, werden die Kollegen etwas dagegen geschützt sein und der Zukunft beruhigter entgegengehen können, da ihnen die Vereinbarungen einigigen Rückhalt bieten. Solche Vereinbarungen werden aber selbstverständlich nur auf dem Papier stehen, wenn nicht gleichzeitig für den Ausbau der Organisationsarbeit gesorgt wird.

Wenn es bei den Möglichkeiten mit den Sparungen nicht gelingen ist, diesmal die Arbeitszeit zu verkürzen, so haben wir aber nun in den Großbetrieben überall die unermüdete Arbeitseiz.

In der heutigen Zeit werden die Kollegenschaft ja selbstverständlich der Lohnfrage das größte Interesse zu haben. Nach immer steigen die Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel. Noch immer ist kein Ende der inflationären Steigerung abzusehen. Unser Bestreben mußte daher darauf gerichtet sein, in der Lohnfrage das Möglichste herauszuholen, um die Löhne auf eine Höhe zu bringen, die einigermaßen ausgleichend wirkt. Wir können auch mit dem Ergebnis unserer Arbeit in dieser Beziehung zufrieden sein; dies wird aber kein Grund sein, die Forderungen nun in der Höhe zu legen, sondern es wird nach wie vor darauf gedrückt werden müssen, weitere Vorteile herauszuholen.

In den Großbetrieben betragen die Mindestlöhne nun M 48, steigend bis M 52,50, gegenüber der Friedenszeit eine Steigerung von 60 bis 80 pSt. Für die Kleinbetriebe ist ein Mindestlohn von M 42 vereinbart, der aber in vielen Fällen schon überschritten wird. Auch hier beträgt die Steigerung 75 bis 82 pSt.

Soweit wir die Lohnsteigerungen feststellen konnten, die durch das Wirken der Organisation erfolgt sind, kommt für die heute noch beschäftigten 100 Kolleginnen und Kollegen die monatliche Summe von etwa M 1000 pro Woche heraus.

Außer diesen Lohnsteigerungen von etwa M 52.000 im Jahre, haben die Arbeitslose noch so manchen Vorteil gemacht, der auch dem letzten Kollegen die Augen öffnen mußte, daß sie endlich erkennen werden, daß ihre beste Interessensvertretung die Organisation ist.

In der heutigen Zeit, wo an die Arbeitslosigkeit des einzelnen trotz schlechter Ernährung große Anforderungen gestellt werden, ist es von großem Vorteil für die Kollegenschaft, wenn sie durch Gewährung von Ferien in der Lage ist, ihren Körper wieder etwas erholen zu können. Ganz besonders kommt aber der Ausbau des § 616 heute in Frage. Welch eine Wohltat ist es für die Arbeiterschaft, wenn sie bei Krankheit, die heute doch mehr auftritt als je, nicht gezwungen ist, wegen Mangels an Mitteln frühzeitig wieder arbeiten zu müssen, anstatt zu Hause bleiben zu können und sich zu pflegen.

Nun gibt es, nicht zu rufen und zu rufen, sondern immer weiter am Ausbau der Organisation zu arbeiten. Schnell sind die Urlaubstermine da, dann muß die Organisation noch stärker und besser gerüstet dastehen, will sie allen Stimmen der Zeit trosten und weiterarbeiten können an der Verbesserung der Lebenslage unserer Mitglieder. Da heißt es: Alle Macht an die Arbeit! Denn immer müssen wir das Ganze im Auge haben; es geht nicht, nur die Lebenslage einzelner Kollegen zu verbessern und die große Masse im Stich lassen zu lassen. Unsere Kollegen in einzelnen Großbetrieben haben dies ja auch bei den letzten Verhandlungen über die Demobilisierung erfahren. Gätten wir da nicht den Nachweis erbringen können, daß andere Betriebe das Geordnete bereits zahlen und nach mehr, dann wären sie leer ausgegangen. Deshalb siehe weiter zurück, arbeitet alle mit am Ausbau der Organisation; ihr tut es für Euch selber und für eure Familien! H. S.

Erhöhung der Feuerungszulagen in den Großbetrieben.

Die Konsumgenossenschaft in Berlin erhöhte die bestehende Feuerungszulage um 7% pSt.

Zum Allgemeinen Konsumverein Kiel wurde den Vätern zu den Feuerungszulagen eine Kriegszulage von M 3 beziehungsweise M 4, und den Arbeiterinnen M 1,50 pro Woche gewährt.

Die Vereinskassette in Kiel erhöhte die jetzigen Zulagen für die Arbeiter um M 6 und für die Arbeiterinnen um M 3 pro Woche.

Zum Konsumverein München-Sending erzielten die Arbeiter eine weitere Zulage von M 5 und die Arbeiterinnen von M 2,50 pro Woche.

Wirtschaftliche Rundschau.

Ungeachtet der unaußerordentlichen Kurssteigerungen muß der Einzelkauf des inflationär interessierten Publikums mit einem mühenreichen Kampf enden. Das wird von allen Seiten seit Wochen und Monaten betont, aber die Kurse gehen weiter in die Höhe, und je höher sie steigen, um so mehr werden neue Schwichten als Käufer herangezogen. Nach dem Wert oder Unwert der einzelnen Aktien wird kaum noch gefragt; da fast alle Aktiengesellschaften während des Krieges verdient und teilweise sehr viel verdient haben, so wurden die Papiere fast unerschrocken von dem Markt abgekauft. Und gab es Gesellschaften, die selbst bisher eine Rentabilitätsgrundlage noch nicht gefunden haben, so bietet das am Ende für noch so schwache Ausschüttungen auch kein Hindernis; um so häufiger schwelgt die Phantasie in der Ausmalung der Zukunftsaussichten dieser Kategorie von Unternehmungen. Doch bei den allermeisten Aktien die Kurse Steigerungen erfahren haben, durch die schon längst die üblichen Gewinnmöglichkeiten in der jüngeren Zeit überwogen haben, wird nicht dann nicht hemmend auf neue Spekulationen, wenn von den beteiligten Gesellschaften Warnungen und Demurrungen „antwärtender“ Gerücht verbreitet werden.

Es ist eine Erklärung für diese Entwicklung auch im „Platz“ durch den Hinweis auf die besondere Art des Börsenpublikums zu geben versucht, die während des Krieges entstanden ist: Die eigentlichen Börsenkreise, normalerweise die meisten Bankiers, sind zurzeit wohl kaum in sehr erheblicher Maße an dem Treiben beteiligt. Ob sie sich bemühen fühlen, immer so energisch und so laut, wie es wohl wünschenswert wäre, zu managen, kann ganz dahingestellt bleiben. Selbst wenn sie es täten, würden ihre Warnungen kaum besonderes Gehör finden. Denn die Schichten, die augenblicklich ihr Glück an den Börsen erproben, sind den Lagen mit aller Unerschrockenheit der Manie, und sind Emporkömmlinge mit all der breiten und hochhohen Freiheit der Paavennä. Auch an der Börse herrscht die Kriegsgewinnler und zwar herrscht dort jene Schicht, vor deren zukunftslosem sozialen und politischen Schicksal uns allen, einschließlich der von selber her Gefalligen, schon jetzt angst und bange ist. Diese Leute, die aus ihrem ihnen reichgenug erscheinenden Lebenslauf sich ständliche Bücher und meterweise Bilder kaufen, die die Preise für Lebensmittel, für Kleider, für Mietwohnungen und für Willensgrundstücke ins Schwirbelhafte treiben, kaufen in buntem Gemisch zwischen prägnanten Kursschwänzen eben auch Aktienpapiere. Diese verhältnismäßig freie Masse der niedrigsten Kriegsgewinnler beherrscht heute die Börse, genau so wie sie den Ausschlag für die Aktienmärkte an den Totalitäten aller Handelsplätze gibt. Die Tätigkeit dieser Leute einzuengen zu wollen, hat gar keinen Sinn. Wenn wir den Börsenstempel erhöhen, ja selbst, wenn man Entree für den Zutritt zu dem Wallstock und zu den Depositionskassen erheben würde, das würde die Leute nicht abhalten, sondern den Reiz an diesen Dingen für sie noch erhöhen. Denn sie müssen endlich und schließlich zu zeigen: Wir haben es ja dazu!

Wenn von manchen Stellen die volle Veröffentlichung des Kurszettels als Mittel gegen die wilde Spekulation in Vorschlag gebracht wird, so gibt man sich dort einer erheblichen Täuschung über die Wirklichkeit dieser Maßnahmen hin. Seit geraumer Zeit kann die tägliche Kursbewegung von allen Interessenten verfolgt werden, Banken und Bankiers sind berechtigt, auf Anfragen kurze Anstufungen zu geben; ein Recht, von dem ausgiebig Gebrauch gemacht wird. Als notwendig erwies sich die Herausgabe von Kurslisten gegenüber der Tatsache, daß unläutere Wachenhaftigkeit durch die Nichtveröffentlichung der Kurse gefördert wurden, so langfristige Kursveränderungen, die denn auch durch die Veröffentlichung eine Korrektur erfahren haben. Aber auszuhalten wäre das Spielwerk von Börsengeschäften durch eine tägliche Herausgabe des ganzen Kurszettels fährlich nicht; man könnte jetzt eher geneigt sein, darin ein neues Werbemittel für den Zulauf zum Börsenverkehr zu erblicken.

Wichtigste ein Börsenstempel nur finanzielle Verluste der Elemente, die sich gegenwärtig an der Börsenspekulation überwiegend betätigen, so könnte man den kommenden Dingen immerhin mit Gelassenheit entgegensehen. Aber davon erwacht sich ein solcher Krach nicht, er zieht erheblich weitere Kreise in Mitleidenhaftigkeit, gerät während in das ganze Wirtschaftliche ein und kann zu produktionshemmenden Folgen führen. Schon in politisch und wirtschaftlich ruhigen Zeiten haben Kurssteigerungen, auch wenn sie nicht zu hochartigen Erhebungen führten, recht bedenkliche Allgemeinwirkungen angesetzt. Gesellschaften von nicht sehr gefestigter innerer Struktur werden dazu neigen, bei der Gewinnbemessung den hochgerechneten Kursen ihrer Aktien Rechnung zu tragen und Dividenden mit Hochdruck herauszubringen. Unter solchen Umständen gibt es dann um so leichter Differenzen bei Lohnfragen, weil alles der Verdunstung nur noch unter dem Gesichtspunkte der höheren Dividenden erscheint.

Ueber den Ausschlag und die voranschreitende Gerhaltung der Werkzeugmaschinenindustrie ermittelte der Jahresbericht des Vereins Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken für das Jahr 1917 mancherlei Angaben. Die Gesamtproduktion, die 1918 auf rund 250 Millionen Mark, 1914 auf etwa 325 Millionen Mark geschätzt wurde, wird für 1917 mit etwa 800 Millionen Mark angesetzt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß inzwischen den nachstehenden Leistungen entsprechend der Preis der Einzelmaschine sich um etwa 100 pSt. gegenüber dem Friedenspreis gehoben hat. Der Verein weist dabei auf den Umstand hin, daß weitgehende Vergrößerungen der einzelnen Werte erfolgt sind und viele Fabriken den Bau von Werkzeugmaschinen neu aufgenommen haben. Er fügt dazu hinzu:

Die Einstellung auf diese erhöhte Produktion konnte nicht als eine dauernde Einrichtung angesehen werden. Vielmehr handelt es sich um die Bewältigung eines einmaligen gewaltigen Bedarfs, für die wohl eher über löstliche Neuanrichtungen geschaffen werden mußten. Die natürliche Folge dieser Vergrößerungen sei daher jetzt nachdem die Regierungsaufträge geringer werden, ein beträchtliches festiger Maschinen auf dem offenen Markt und ein schnelles Anwachsen der im Laufe des Jahres 1918 geleerten Lager der Fabriken und Händlerfirmen. Hier muß jedoch ein kräftiger Strich zwischen dem Präzisionswerkzeugmaschinenbau einerseits und dem groben und minderwertigen Maschinenbau andererseits gemacht werden, insofern, als auch nach Ende 1917 für Präzisionsmaschinen ein guter Beschäftigungsgrad, ja sogar auf einzelnen Spezialgebieten noch ein Mangel an Werten festzustellen werden konnte. Anders liegt es mit der Massenherstellung der mittleren Qualitäten und der Armaschinen. Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß die Zukunftsmöglichkeiten im Qualitätsbau liegen und daß eine mangelhafte Einficht dieser Erzeugnisse früher oder später zu bitteren Verlusten führen muß.

In der Zeit der steigenden Getreidepreise ist die Bewegung der Getreidepreise in den vertriebenen Ländern von besonderem Interesse. Während in Deutschland 1917 18 der Höchstpreis für Weizen im Durchschnitt M 290 betrug und sich einschließlich der Pflanzenerzeugung auf durchschnittlich M 301 stellte, hat der Großhandelspreis in den Jahren 1909/10 bis 1913/14 im Durchschnitt M 213 für die Tonne betragen. Demgegenüber stellte sich der Weizen (Mittelwert nach dem Friedensstufe) für die Tonne in M 111:

Land	1913	1917	Erge- bung
Amerika, Chicago	138	340	147
Argentinien	151	348	130
England, englischer	155	356	130
England, ausländischer	173	346	100
Frankreich	226	406	80
Italien	226	406	80
Schweden	—	518	—
Holland	160	357	123
Österreich	204	357	75
Ungarn	188	425	126

Bei den Weizenpreisen der Länder, die auf überhöhte Zufuhren angewiesen sind, entsprechen die bemerkten Höchstpreise den wirklich gezahlten Preisen noch nicht. Amerikanischer Weizen zum Beispiel wird in Europa für die Tonne mit M 500 in Gold bezahlt; die Differenz zwischen dem Höchstpreise und dem gezahlten Preis wird von den Regierungen zugelegt. Julius Kallisi.

Daß über die Ursachen der Abmagerung in der Kriegszeit

Die Meinungen auseinandergehen, beweist folgende Abhandlung, die, entgegen der häufigeren Ansicht, daß der gegenwärtige große Fettmangel die Grundursache der allgemeinen Abmagerung sei, unserem Kriegsbeobachter die Schuld gibt. Unser F.-Mitarbeiter schreibt:

Man ist in den Kreisen der Berge noch verschiedener Meinung über die Ursachen der Abmagerung in der Kriegszeit. Manche haben die Schuld daran hauptsächlich der starken Verminderung des Fleisch- und Fettverbrauches zu; dieser Annahme steht aber entgegen, daß es in Friedenszeiten viele recht wohlgenährte Vegetarier gab, die Fleisch überhaupt nicht und tierisches Fett nur in relativ kleiner Menge genossen. Auch ist wiederholt erwiesen worden, daß in der Ernährung Zeit durch Kohlehydrat ersetzt werden kann. Zu bemerken ist ferner, daß es unter den Chinesen, die eine sehr fettarme Kost haben, viele wohlgenährte Leute gibt. Unwahrscheinlich ist es, daß psychische Einflüsse als Hauptanlaß der Abmagerung gelten können, obwohl nicht daran zu zweifeln ist, daß sie an deren Veranlassung vielfach mitwirken. Nun ist es auffallend, daß die Abmagerung weiter Bevölkerungskreise um so mehr fortschreitet, je härter das Getreide ausgemahlen und je schlechter damit das Brot wurde. Das immer schlechter gemahlene Kriegsbrot veranlaßt häufig Darmbeschwerden. Das kommt daher, daß die Holzkohle der Getreideschale, die nun dem Viehle beigemischt wird, beim menschlichen Darmtrakt nicht verdaulich werden kann. Die Schalenreste durchwandern bei kräftigem, gesundem, nicht empfindlichem Darmsystem, namentlich jüngerer Leute, den Verdauungsorganen, ohne ihnen zu schaden; dagegen empfindet bei alten und schwächlichen sowie bei einzelnen sehr empfindlichen jüngeren Menschen durch die häufige Reizung von Seiten der feinen Holzteilchen eine stärkere Reizung der Schleimhaut des Darms. Denn die mechanische Reizung der Holzteile, in Verbindung mit der Zellulosezerlegung führt zu Überfüllung und Odem der Darmmuskulatur. Die Folgen sind Schmerz im Darms, Darmstauung, Gasbildung, Aufreibung des Darms, vermehrter Stuhltrieb, häufigere Entleerung von zarten Stühlen, zuweilen aber auch weicher oder flüssiger Stühle, manchmal mit schleimiger oder sogar blutiger Beimischung, also die Symptome eines Darmkatarrhs. Durch die beschleunigte Bewegung der Darms und durch die andern Folgeerscheinungen des Darmkatarrhs wird die Aufsaugung eines Teiles des Inhalts des Speichetraktes verhindert. Es ist ja ein alter Erfahrungssatz, daß langdauernde, wenn auch leichte Darmkatarrhe das Körpergewicht und nicht selten den Kräftezustand vermindern. Also ist es nicht auffallend, daß die durch die Hornschalen hervorgerufenen Reizumstände des Darms ebenfalls die Abmagerung veranlassen. Daß diese Folgeerscheinung bei älteren Leuten häufiger auftritt, ist ganz natürlich; denn die Verdauungsverhältnisse sind bei älteren Leuten an und für sich weit ungünstiger als bei jungen; bei ergritten findet sich eine mit den Jahren zunehmende Atrophie der Schleimhaut und der Muskulatur des Darms, schlechtere Funktion des gesamten Drüsenapparates, der die Verdauung bewerkstelligen hilft, ferner eine Rückbildung der zelligen Bestandteile der Speicheldrüsen im Darm. Die Folge ist, daß die Aufsaugung im Darms bei älteren Leuten an und für sich schlechter ist. Bei der Landbevölkerung war die Gewichtsabnahme in den letzten Jahren bedeutend geringer als bei der städtischen; denn der größere Teil der ergritten verzehrt mehr Nahrungsmittel; außerdem pflegen viele von ihnen ein Brot zu backen, das weniger hart ausgemahlen ist, also auch weniger Holzteilchen enthält, als die städtische Kost. Deshalb wäre zu empfehlen, außer dem gewöhnlichen Kriegsbrot für gesunde und widerstandsfähige Leute und außer dem eigentlichen Krankenbrot Brot aus weniger hart ausgemahlenem Getreide für ältere und schwächliche Personen zu erzeugen und dafür an diese eine geringere Gewichtsmenge auszugeben. Auch bei Soldaten nehmen jedesmal bei harter Verköstigung des Brotes Darmkrankheiten in beträchtlicher Weise zu.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Sokalbeiträge. Dem Jahreshellen Frankfurt a. M. und Saarbrücken wird auf Antrag die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Sokalbeitrages von 10 $\frac{1}{2}$ in allen Beitragsklassen, mit Ausnahme der 40- $\frac{1}{2}$ -Klasse, erteilt.

Dem Jahreshellen Hannover, Stuttgart und Zeitz wird auf Antrag die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Sokalbeitrages von 5 $\frac{1}{2}$ in allen Beitragsklassen erteilt.

Die Verhandlungsprotokolle müssen spätestens bis 30. Juni von den Zahlstellen und Einzelzahlern bestellt sein.

Auswahl. Auf Antrag der Zahlstelle Leipzig wurde Hugo Schmidt (Buch-Str. 17 705) wegen Diebstahls ausgeschlossen.

Der Verhandlungs-Vorstand. J. A. L. Rantke.

Drittung.

Vom 10. bis 15. Juni gingen bei der Hauptkassie des Verbandes folgende Beiträge ein:

- Für Mai: Essen 231,41, Gohl 47,55, Würzburg 59,60, Regensburg 149,20, Nürnberg 582,22, München 959,16, Bremerhaven 53,01, Reichen 34,55, Gera 56,60, Limbad 41,42, Elberfeld 210,70, Flensburg 65,16, Rostock 48,18, Kottenheim 25,05, Frankfurt a. M. 464,49, Gießen-Debat 33,58, Halle a. S. 403,08, Altenburg 43,24, Leisnig-Abeln 35,52, Erfurt 58,72, Sagan-Corona 55,45, Chemnitz 427,37, Schwelm 21,65, Lüdenscheid 27,10, Rating 111,12, Stuttgart 260,33, Eßlingen 22,40, Herford 201,86, Berlin 2334,79, Bielefeld 34,08, Sonneberg 22,45, Weihenstephan 24,47, Neuwied 50,20, Bittau 14,85, Osnabrück 31,10, Rühlhausen i. Eßl. 44,50, Dresden 2106,45, Plauen i. S. 43,70, Weismann 12,60, Rüttingen 60,85.

Von Einzelzahlern der Hauptkassie: E. Sch. Rühlh. 11.

Für Abonnements und Annoncen: Herford 450, Berlin 21,90.

Für Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung: Halle a. S., Neuwied 4.

Für Protokolle vom Verbandstag: Berlin 100.

Aus den Bezirken.

Hirschberg. Die Adresse des Kassierers und Vertrauensmannes der Zahlstelle ist: Paul Matern, Cannerdorf im Riesengebirge, Kronenbäckerei. Alle Geldsendungen und Zuschriften sind nunmehr dorthin zu senden.

München. Die Adresse in allen Verbandsangelegenheiten lautet jetzt: Heinrich Gafner, Pestalozzistr. 42/3, Zimmer 70.

Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Bremen. Fritz Baumgarten, Bäcker, 30 Jahre alt, gefallen am 27. April.

Bezirk Dresden. Emil Böttcher, Bäcker, gefallen.

Bezirk Herford. Arno Haun, 19 Jahre alt, gefallen.

Bezirk Leipzig. Senny Kresse (Altenburg i. S.-A.), 20 Jahre alt, gefallen.

Bezirk Magdeburg. Heinrich Kiene, Bäcker, 21 Jahre alt, gefallen.

Bezirk Stuttgart. Jos. Gebhardt, gefallen im Mai.

Eure thren Andenken!

Korrespondenzen.

Dresden. Am 7. Juni fand unsere Mitgliederversammlung statt. Die sich mit dem Bericht über das erste Vierteljahr 1918 und mit dem Bericht über den Verbandstag beschäftigte. Kollege Böse gab zunächst den Geschäfts- und Kassenbericht. Das Vierteljahr zeigte wiederum ein recht günstiges Ergebnis. Es waren 35 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Beim Bericht vom Verbandstage legte der Berichterstatter das Hauptgewicht seiner Ausführungen auf das Beitrags- und Umlageverhältnis; er führte den Mitgliedern den Wert der Beitragssteigerung im Interesse ihrer selbst und der Organisation vor Augen. Ueber die einzelnen Referate konnte wegen Zeitmangels nicht eingehend berichtet werden; dies wird in einer späteren Versammlung geschehen müssen. Der Bericht wurde mit großem Interesse und mit Beifall aufgenommen. Hierauf fand die Aufstellung der Kandidaten zum Beirat statt; es wurden folgende Kollegen für den Bezirk (Dresden, Görlitz und Torgau) vorgeschlagen: als Vertreter Karl Kaffen, Görlitz, und Karl Böse, Dresden; als Ersatzleute: Börner, Torgau, und Helbe, Sagan. Ueber die gefassten Beschlüsse des Verbandstages wurde abgeurteilt; sie wurden einstimmig gut geheissen. In der Aussprache wurde vom Schatzmann als Vorsitzender Kenntnis genommen und bestellte allgemein bekannt. Begrüßt wurde es, daß Mannach und weiterhin für unsere Organisation tätig ist. Als Entschädigung wurde es empfohlen, daß unsere Mitgliederbestimmungen bis zum 1. Juli nicht von der königlichen Polizei herabgesetzt werden. Es war dies das erste Mal in diesem Krieg!

Gotha. Um den auswärtigen Kollegen die Berichterstattung vom Verbandstag zugänglich zu machen, hielten wir eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung am 2. Juli in Weimar ab. Die Idee war sehr gut. Der Berichterstatter erörterte zunächst die Wichtigkeit des Verbandstages in der jetzigen schweren Zeit und erbat die Unterstützung der Mitglieder. Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß die Neuregelung der Beiträge und Umlageverhältnisse, um das Richtige zu treffen, ziemlich Arbeit verursachte, aber notwendig war, um die Organisation auch weiterhin wichtiglich zu erhalten. Das Hauptanliegen ist die Regelung der Lehrlingsfrage, welche mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zum freigeordneten Ende durchgeführt werden, wenn etwas Ersprießliches im Interesse der Mitglieder erzielt werden soll. In der Diskussion wurden dem Verhandlungs-Vorstand und allen Mitarbeitern für die vorerwähnten Leistungen Anerkennung ausgesprochen. Der Schatzmann nahm die Verzeichnisse von dem Besten des Kollegen Mannach als erster Vorsitzender

Kenntnis; hoffentlich bleibt uns seine Mitarbeit noch recht lange erhalten. Die neugegründete Penions- beziehungsweise Zusätzliche sichert unsern Beamten einen einigermaßen sorgenfreien, erträglichen Lebensabend, der ihnen für ihre aufreibende Tätigkeit vollaus zu gönnen ist. Möge die Zukunft den Beweis erbringen, daß wir nur tüchtige Kollegen zum Verhandlungs-Vorstand wählten. Sind nun Bezirksleiter, Zahlstellenleitungen, der neugewählte Beirat und alle Mitglieder bei der Vorbereitung auf dem Posten, so kann keine Macht der Erde unsere für die Berufs-Kollegen und Kolleginnen geschaffene Organisation vernichten. — Nach den Mitteilungen des Kollegen Strehler hat die Zahlstelle Gotha die meisten Werke der Bäcker- und Konditorenzeitung seit Oktober vorigen Jahres umgesetzt. Wenn alle Zahlstellen so pflichtbewußt arbeiten, wäre ein noch größerer Erfolg zu erzielen. — Wegen vorgerückter Zeit mußte ein Punkt der Tagesordnung abgesetzt werden. Um 5 Uhr schloß der Vorsitzende, Kollege Bader, die interessante Versammlung. Befriedigt und geistig neu gestärkt pilgerten die Kollegen dem Bahnhof zu.

Allgemeine Rundschau.

Die drohende Erhöhung der Getreidepreise. Am 13. Juni begannen im Ernährungsausschuß des Reichstages die Verhandlungen über Brotgetreide, Weizen und Roggen. Abgeordneter Uhlig, Dresden, richtete an das Kriegsernährungsamt die Anfrage, ob eine Erhöhung der Getreidepreise in Aussicht genommen sei. Nach dem „Berliner Tageblatt“ soll der Grundpreis um 35 bis 40 und die Druschprämie auf 80 bis 100 erhöht werden, das wäre fast eine Verdoppelung der bisherigen Preise. Eine solche Preiserhöhung bedeutete für eine fünfköpfige Familie eine Mehrausgabe von 75 bis 100. Abgeordneter Stübbe, Hamburg, wandte sich energisch gegen eine Erhöhung der Getreidepreise. Unterstaatssekretär Dr. Müller gab Auskunft über die in Aussicht genommene Erhöhung der Kornpreise, worüber noch der Beirat zu beraten habe, bevor der Bundesrat endgültig beschließt. Er könne aber schon jetzt erklären, daß eine Erhöhung, wie vom „Berliner Tageblatt“ angedeutet werde, nicht in Frage komme. Die Druschprämie müsse gewährt werden, um die Landwirtschaft zum schnellen Abfassen des Getreides anzuregen. Das sind schlechte Aussichten! Herabsetzung der Pro- ration und nun auch bedeutende Preiserhöhungen. Obendrein sind die Kartoffeln bald aufgebraucht, und was davon noch vorhanden ist, ist auch zum Wegwerfen!

Gesellschaftliches.

Die Großhandels-Gesellschaft Deutscher Consum- bereine im Jahre 1917. Zum vierten Male seit Beginn des Weltkrieges erstattet die Großhandels-Gesellschaft ihren Jahresbericht. Wie nicht anders zu erwarten, gibt dieser wiederum Kenntnis von einer ziemlich erheblichen Ver- ringering des Jahresumsatzes, die um so schwerer wiegt, als bei dem starken Anwachsen der Preise der tatsächliche Rückgang des Umsatzes ja noch bedeutender ist, als er im Geldwert ausgedrückt erscheint. Das Vermittlungsgeschäft der Gesellschaft erstreckte sich ja zum großen Teil auf importierte Artikel, die nachgerade fast vollständig vom Markte verschwunden sind. Dazu kommt die öffentliche Bewirt- schaftung der wichtigsten Gebrauchsgüter, die im Interesse der Allgemeinheit nicht zu umgehen war. Zusammen kann sich die Großhandels-Gesellschaft mit Recht darüber be- klagen, daß die Leistungsfähigkeit und der gemeinnützige Charakter des Unternehmens von den Behörden längst nicht in genügendem Maße anerkannt und in den Dienst der Allgemeinheit gestellt wurden. Wir hätten sonst auf manchen Gebieten vielleicht bessere Erfahrungen mit der Kriegswirtschaft gemacht, als dies tatsächlich der Fall war.

Der Warenumsatz des Jahres 1917 stellte sich auf 107 737 282 gegen 133 896 014 im Vorjahre, so daß also ein Rückgang um 26 158 732 oder um fast 20 pZt. festgerundet hat. Auch die beiden Vorjahre hatten bereits Rückgänge aufzuweisen: 1915 hatte der Umsatz noch 152,9 und 1914 157,5 Millionen Mark betragen. Von dem Um- satze des letzten Jahres stammten für 5,3 Millionen, gegen 6,7 Millionen im Vorjahre, aus andern genossenschaftlichen Quellen.

Zeitweilen hatten auch die Eigenproduktions- betriebe der Großhandels-Gesellschaft hart durch den Mangel an Rohmaterialien zu leiden. In den drei Zigarren- fabriken in Hamburg, Godesheim und Frankenberg sank der Umsatz von 3,7 auf 3,5 Millionen Mark, also um 5,4 pZt., während der Rückgang in der produzierten Menge sogar 25 pZt. betrug. Ueber die Hälfte des Umsatzes ent- fiel auf Heereslieferungen. Die Kautschukfabrik in Nord- hausen verminderte ihren Umsatz von 648 000 auf 603 000, oder um 7 pZt. Die Heereslieferungen be- trugen hier ein Drittel des Umsatzes. In den beiden Seifenfabriken in Gröba und in Düsseldorf fand eine Ver- minderung des Umsatzes von 7,8 auf 7,4 Millionen Mark statt. Die außerordentlichen Schwierigkeiten in der Be- schaffung der nötigen Fett- und Lese wurden hier mit Schaffung des Zwangsindikates, der Seifenherstellung- und Vertriebsgesellschaft, etwas behoben. Auch die Zünd- holzfabrik Lauenburg hatte 1917 eine Minderproduktion: statt 912 000 setzte sie nur 754 000 um. Ihren Um- satz vergrößert hat einzig und allein die Leigwarenfabrik Gröba, die für 3 739 000 produzierte, gegen 3 700 000 im Vorjahre. Hierzu kommen dann noch einige kleinere Produktionsbetriebe. Insgesamt hatte die Großhandels- gesellschaft in ihren Fabriken einen Umsatz von 24,6 Millionen Mark und beschäftigte in ihnen 1114 Personen. — Die Kautschukfabrik hatte im Vorjahre einen Umsatz von 216 Millionen Mark im Uebel und 218 Millionen Mark im Kredit; im letzteren einen geringen Mehr, im letzteren einen Minderumsatz von 6 Millionen gegenüber dem Vorjahre. Die Gesamtzahl der von der Gesellschaft beschäftigten Personen betrug 1577 gegen 1862 im Vorjahre. Die frei-

willigen Leistungen der Gesellschaft zugunsten ihrer Ange- stellten stellten sich im Berichtsjahre auf über eine halbe Million Mark. Aus der Bilanz der Gesellschaft sind folgende Zahlen erwähnenswert: Stammkapital 10 Millionen Mark, soziale Fonds 1,7 Millionen Mark, Reserven 14 Millionen Mark, Bankeinlagen bei der Großhandels-Gesellschaft 71,7 Millionen Mark, Kassen-, Wertpapier- usw. Guthaben 50 Millionen Mark, Grundstücke und Gebäude 8,3 Millionen Mark. Der Reingewinn beträgt 1 486 000 gegen 2 176 000 im Vorjahre. Nach Vorschlag der Ver- waltung sollen davon 5 pZt. Zinsen auf eingezahltes Kapital, 4 Promill Rückvergütung auf den Umsatz der an- geschlossenen und 2 Promill auf den der nicht ange- schlossenen Vereine verteilt werden. Der Rest in Höhe von 838 650 fließt den verschiedenen Fonds zu.

Spätestens am 22. Juni ist der 26. Wochenbeitrag für 1918 (23. bis 29. Juni) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen. Sonntag, 30. Juni: Altmann: 2 Uhr, Deutsches Haus. — Rüttingen- Wilhelmshaven: Bei Buddenberg, Rüttingen I, Peterstr. 86. — Saarbrücken 3: 5 Uhr, Bleichstr. 6.

— Anzeigen. — Nachruf. Als Opfer des Weltkrieges fiel in Feindesland unser treues Mitglied Senny Kresse 20 Jahre alt. Ehre seinem Andenken! Die Zahlstelle Altenburg (S.-A.). [M. 3,60]

Nachruf. Wieder hat uns der Weltkrieg ein schmerzliches Opfer gekostet. Am 29. Mai fiel unser braver Kollege Arno Haun im Alter von 19 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die Zahlstelle Erfurt. [M. 3,60]

Fachlehrbücher ersten Ranges mit vielen Abbildungen. „Der Konditor der Neuzeit“ M. 8,60, „Das Bäckergewerbe der Neuzeit“ M. 9, „Der illustrierte Konditor“ M. 9,25, „Die Obst- und Beerenmeine“ M. 6, „Der Handwerker als Kaufmann“ M. 7,25 per Nachnahme. L. Schwarz & Co., Verlag, Berlin S, K 14, Dresdener Straße 80.

Holzstremmehl à Zentner M. 17 mit Sack Sirichhornsalz (amm. carb.) pulv. beste Triebkraft, geruchsfrei, 1 kg M. 2,50, Postpaket 4 kg M. 11 ab Leipzig, empfohlen. Liebing & Co., G. m. b. H., Leipzig-N. 5, Kohlgartenstraße 8. Telephon 2290.

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Hans Derfuss, Schneidermeister, Hengasse 2, 1. Et.

„Ruchennuttsch“ bestbewährtes Mittel zum Streichen der Bleche und Formen. Probefilo M. 7,50, von 5 kg an à M. 7. Sehr zu empfehlen! Liebing & Co., G. m. b. H., Leipzig-N. 5, Kohlgartenstraße 8. Telephon 2290.

Kontrolltaschen National mit und ohne Scheidwerfer zu kaufen gesucht. Nummer u. Preis unt. J.N. 8906 an Exp. d. Bl. [M. 4]